

Artikel vom 17.11.2020

Militär

Ärger über Lärm der Drohnen



Der Fluglärm der US-Drohnen nervt die Menschen im Vils- und Lauterachtal entlang der Grenze zum Truppenübungsplatz Hohenfels. Bürgermeister Peter Braun war daher bei der Staatskanzlei vorstellig geworden.

Bürgermeister Peter Braun hat sich um Hilfe an die Staatskanzlei gewandt. Minister Herrmann setzt auf Gespräche.

Die Drohnenflüge der US Army sorgen für Ärger bei den Menschen im südlichen Landkreis Amberg-Weizsach. Und genau wegen dieser Drohnenflüge über dem US-Truppenübungsplatz Hohenfels, insbesondere in den Randgebieten entlang des Vils- und Lauterachtales in den Sommermonaten, hatte sich der Schmidmühlener Bürgermeister Peter Braun an die Bayerische Staatskanzlei gewandt. In einem Schreiben hat Braun an Dr. Florian Herrmann, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien um Abhilfe ersucht.

Teilweise kommen die US-Drohnen sehr weit an die Truppenübungsplatzgrenze und über bewohnte Gebiete im Vils- und Lauterachtal, speziell in den Bereichen von Emhof, Schmidmühlen und Hohenburg. Die Anwohner würden es als nervig empfinden, wenn dieses monotone Surren nicht

nur tagsüber, sondern auch bis weit in die Nachtstunden hinein zu hören ist, informierte Bürgermeister Braun in seinem Schreiben an den Leiter der Staatskanzlei.

Zuständig ist der Bund

Wie der Rathauschef aus dem Antwortschreiben von Minister Dr. Florian Herrmann dem Marktgemeinderat vortrug, liege die Genehmigung und Beschränkung des Flugbetriebes militärischer unbemannter Luftfahrzeuge ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundes. Die Staatsregierung habe darüber keine eigene Entscheidungsbefugnis. Gleichwohl wirke sie bei ihren Kontakten mit den US-Streitkräften stets darauf hin, dass die Belastung der Bevölkerung an den US-Militärstandorten in Bayern auf das geringstmögliche Maß reduziert werde, machte Herrmann deutlich.

Wie er weiter schrieb, habe die Bayerische Staatskanzlei den Brief aus Schmidmühlen zum Anlass genommen, Kontakt mit den US-Streitkräften in Hohenfels aufzunehmen und um Aufklärung zur Übungs- und Lärmsituation zu bitten. Dabei habe man auch die Anregung aus Schmidmühlen, noch stärker technische Lösungen zur Lärmoptimierung einzusetzen, in unterstützender Weise weitergeben. Die US-Streitkräfte haben demnach in ihrer Antwort die Einschätzung bestätigt, dass die Lärmbelästigung durch ein zeitlich befristetes intensives Manöver (Saber Junction 20) ausgelöst wurde, berichtete Braun. Eine Übung mit vergleichbarer Intensität sei nach US-Angaben erst wieder ab Frühjahr 2021 zu erwarten.

Arbeiten für Verbesserungen

Eine von der Staatskanzlei angeregte, grundsätzliche Verkleinerung des Flugbetriebes der Drohnen zur besseren Berücksichtigung von Anwohnerinteressen gestaltet sich laut der US-Streitkräfte am Einsatzort Hohenfels als schwierig. Auf die Ausrüstung mit technischer Lärminderung wiederum hätten die in Bayern übenden US-Einheiten demnach nur sehr begrenzten Einfluss. Die Staatskanzlei, so der Minister, werde auch künftig mit den US-Streitkräften im Gespräch bleiben, um mit der Politik vor Ort an konkreten Lösungen für einen verträglichen Interessensausgleich zu arbeiten.

Zusicherung:

- **Kommission:** Minister Florian Herrmann versicherte, die Staatskanzlei wolle sich auch künftig in der zuständigen Lärmschutzkommission einbringen.
- **Ziel:** Die Staatskanzlei werde sich demnach für einen bürgerfreundlicheren Einsatz von Drohnen einsetzen.